

DISPUT VORORT

4 SEITEN AUS DEM LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN

SCHULEN. Über das Turbo-abi (G8), das Schulchaos und bessere Bildung. 2

LEUTE. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Landtag. 3

WÄHLEN. NRW braucht jetzt soziale Sicherheit, sagt Sahra Wagenknecht. 4

Gute Arbeit, gute Ausbildung

Viel zu tun in Nordrhein-Westfalen. Gut bezahlte, feste Stellen schaffen und endlich das Versprechen der Landesverfassung einlösen: ausbilden

Menschen wollen selbstbestimmt, in Würde und ohne Angst vor Armut leben. Voraussetzung dafür sind Arbeitsplätze, die ein sicheres und gutes Leben ermöglichen.

In NRW fehlen mindestens 500.000 tariflich bezahlte Stellen, die der DGB in seinem »Memorandum 2020« fordert.

Seit dem Jahr 2000 sind rund 250.000 Arbeitsplätze in der Industrie weggefallen. Zugleich fehlen zehntausende Beschäftigte in Schulen und Hochschulen, Kitas, Krankenhäusern, Pflegeheimen, Jugendzentren ...

Und die, die Arbeit haben, finden oft schlechte Arbeitsbedingungen vor. Auch vor dem öffentlichen Dienst hat das Klima der Lohndrückerei durch Angst und Stress nicht haltgemacht.

DIE LINKE will

- unbefristete, armutsfeste Arbeitsplätze mit planbaren Arbeitszeiten schaffen,
- Löhne durchsetzen, von denen man ohne Transferleistungen nach dem SGB II leben kann,
- nachhaltigen Arbeits- und Gesundheitsschutz verankern,
- soziale Sicherheit und ein Umfeld frei von Diskriminierung für die Beschäftigten.

»Allen Jugendlichen ist die umfassende Möglichkeit zur Berufsausbildung und Berufsausübung zu sichern«, ver-



Landtagswahlen am 14. Mai: Mit uns. Für Dich. DIE LINKE

langt die Landesverfassung seit 1950.

Noch immer haben in NRW fast eine Million 20- bis 29-Jährige keinen Berufsabschluss. Noch immer kommen auf 100 Ausbildungsplätze 120 junge Menschen, die eine Lehrstelle brauchen. Schlimmer: Von allen Ausbildungsinteressierten - dazu gehören weitere, die in der offiziellen Statistik nicht auftauchen - be-

kamen nur knapp 60 Prozent einen Platz. Das ist nach Berlin die schlechteste Quote bundesweit. Viele Ausbildungen enden vorzeitig, oft wegen schlechter Bedingungen im Betrieb. Deshalb fordert DIE LINKE unabhängige Kontrollen für mehr Ausbildungsqualität und eine Ausbildungsumlage: Wer nicht ausbildet, muss zahlen. ◀

Gemeinsam lernen

Rund 300.000 Schülerinnen und Schülern besuchen die Gesamtschule. Wollen würden noch Tausende mehr. DIE LINKE kämpft für das Recht auf einen Platz

In Nordrhein-Westfalen existieren fünf verschiedene Regelschulen, zwischen denen sich die Eltern für ihre Kinder nach dem vierten Schuljahr entscheiden müssen.

Vier Jahre lang besuchen die unterschiedlichsten Kinder einer Wohngegend zusammen eine Grundschule. Sie starten mit sehr verschiedenen Voraussetzungen. Bei der Einschulung können einige bereits so gut lesen wie andere erst in der dritten Klasse. Manche sind fit und sportlich, andere tun sich beim Turnen schwer. Im Rahmen ihrer bescheidenen Möglichkeiten arbeiten die Grundschulen an immer besseren Methoden, um jedes Kind auf seinem eigenen Weg des Lernens zu unterstützen. Mit mehr Personal, kleineren Klassen und besserer Ausstattung könnten sie hier jedoch schon viel weiter sein.

Es geht um die bestmögliche individuelle Förderung in der Gemeinschaftsschule. Bei diesem Ziel ziehen Bildungsforschung, Schulen und Eltern längst an einem Strang. Warum soll das eigentlich nur für die ersten vier Schuljahre richtig sein?

Es ist unfair und unvernünftig, Kinder nach der Grundschule in fünf verschiedene Schulformen zu sortieren, die nichts mit ihren persönlichen Interessen und Fähigkeiten



Alle reden von Chancengleichheit. Nur DIE LINKE steht für Bildungsgerechtigkeit

zu tun haben. Ob Schülerinnen und Schüler viele Jahre später Abitur machen oder nicht, ob er oder sie eher Sprachen oder Naturwissenschaften als Schwerpunkt wählt, sollte weder von der Deutschnote in der vierten Klasse abhängen noch allein von den persönlichen Zielen der Eltern zehnjähriger Kinder.

Wir wollen unser Schulsystem weiterentwickeln zu einer gemeinsa-

men Schule für alle Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse, und zwar in Ganztagsform. Diese Schule bezieht alle Schulformen ein und orientiert sich an den individuellen Lernbedürfnissen einzelner Schülerinnen und Schüler. Sie fördert das soziale Miteinander und den Spaß am Lernen.

NRW braucht mehr Gesamtschulen

Jedes Jahr melden sich 35.000 bis 40.000 Kinder in NRW an einer Gesamtschule an, 5.000 werden abgewiesen. Denn es gibt zu wenig Plätze. Viele versuchen es daher gar nicht erst.

Doch die Beliebtheit der Gesamtschulen steigt weiter, denn dort lernen Kinder gemeinsam. Im gebundenen Ganztag können Schülerinnen und Schüler jeden Abschluss machen. Es gibt keinen Lernstress durch das Turboabitur (G8).

Im Landtag wird DIE LINKE dafür eintreten, dass jedes Kind im Land das Recht auf den Besuch einer Gesamtschule erhält. Für den bedarfsgerechten Ausbau müssen die Kommunen durch das Land unterstützt werden. ◀

G8: Weg mit dem Stress!

Im Jahr 2004 haben SPD, CDU, GRÜNE und FDP im nordrhein-westfälischen Landtag das Abitur nach dem 12. Schuljahr gefordert. Ein früherer Schulabschluss sollte die Chancen deutscher Abiturienten im internationalen Wettbewerb verbessern. Zeitgleich zur »Agenda 2010« mit der Einführung von Dumpinglöhnen, Minijobs und Hartz IV konnte die große Koalition des Sozialabbaus auch noch die

Bildungsausgaben drücken. Trotz der steigenden Anmeldezahlen an Gymnasien reichten die Gebäude und Personalstellen dank des eingesparten Jahrgangs zunächst aus. Heute steht die rot-grüne Landesregierung vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik. Schülerinnen und Schüler ersticken in Stress und im Leistungsdruck. DIE LINKE will, dass die Schulzeitverkürzung schnellstmöglich zurückgenommen wird. An der Bildung darf

nicht länger gespart werden. Nicht auf dem Rücken der Kinder und auch nicht auf dem der Lehrerinnen und Lehrer. Für gute Schulen in NRW brauchen wir dringend mehr Personal, bessere Gebäude und den flächendeckenden Ganztagsausbau. Im Landtag wird DIE LINKE Druck machen, damit das Turboabitur so schnell wie möglich wieder abgeschafft wird. ◀

Unser Team für Düsseldorf

Die ersten zwölf Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen



1

Özlem A. Demirel (Düsseldorf)
»Die einen müssen Überstunden machen, andere haben Minijobs. Wir wollen den Reichtum ebenso wie die Arbeit gerechter verteilen.«



2

Christian Leye (Bochum)
»Die Regierungen machen Politik im Interesse der Superreichen. Wir wollen investieren und das Land wieder aufbauen.«



3

Nina Eumann (Mülheim)
»Arbeitszeit muss gerechter verteilt, soziale Arbeit wertgeschätzt und Arbeit von Frauen besser bezahlt werden.«



4

Marc Mulia (Oberhausen)
»Wir wollen gebührenfreie Bildung und gemeinsame Schulen mit persönlicher Förderung für alle Kinder durchsetzen.«



5

Carolin Butterwegge (Köln)
»Die Armut in NRW wächst. Gerade jetzt muss die soziale Infrastruktur vor Ort besser unterstützt und ausgebaut werden.«



6

Michael Aggelidis (Bonn)
»Mit uns geht nur Braun kohleausstieg und keine halben Sachen – sozialverträglich und mit Schutz für die Beschäftigten.«



7

Barbara Schmidt (Bielefeld)
»Kits, Krankenhäuser, Theater und andere Bereiche der Daseinsvorsorge sind auf ausreichende Finanzierung des Landes angewiesen.«



8

Jasper Prigge (Essen)
»Die Rechte greift Lebensweisen an, die nicht ihrem Familienbild entsprechen. Dagegen sind wir mit der LSBTTIQ-Bewegung aktiv.«



9

Asli Nau (Haltern am See)
»Ökologische Politik müssen wir gegen Lobbyinteressen durchsetzen. Wir wollen vorwärts gewandte Arbeitsplätze und Produktionsweisen.«



10

Ralf Michalowsky (Gladbeck)
»Der Kampf gegen die grassierende Armut steht im Mittelpunkt. Die Zahl der überschuldeten älteren Menschen ist 2015 um 16 Prozent gestiegen.«



11

Ezgi Güyildar (Essen)
»Wir wollen keine Soldaten in Schulen. DIE LINKE setzt auf eine Kultur des Friedens! Damit verbunden stehen wir zur internationalen Solidarität.«



12

Daniel Schwerd (Köln)
»Ich möchte dazu beitragen, dass Arbeit 4.0, Industrie 4.0 und Wirtschaft 4.0 zu Solidarität 4.0 führen, zu einer sozialen und gerechten digitalen Zukunft.«

Soziale Sicherheit für NRW

Soziale Ängste und Hoffnungslosigkeit in der Region gehen auf das Konto von SPD und Grünen. Druck von links ist dringend erforderlich **VON SAHRA WAGENKNECHT**

Jahrzehntlang haben die Menschen optimistisch in die Zukunft geschaut. Das ist vorbei. Die unsziale Politik von Union, FDP, SPD und Grünen hat den Hoffnungen auf ein gutes, sicheres Leben die Grundlage entzogen. Abstiegsängste sind selbst in weiten Teilen der Mittelschicht präsent.

Auch die NRW-Landesregierung von SPD und Grünen hat nichts dagegen unternommen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht. Gerade in unserem vom Strukturwandel geplagten Land wäre eine aktive Wirtschaftspolitik bitter nötig. Stattdessen belegt NRW im Ländervergleich bei den öffentlichen Investitionen den vorletzten Platz.

Augenscheinlich haben SPD-Ministerpräsidentin Kraft und ihre Vorgänger versagt. Soziale Ängste und Hoffnungslosigkeit in der Region gehen auf ihr Konto. Reicht das Geld noch für die Miete, die Kinder und den täglichen Einkauf? Werde ich meinen Job behalten? Das sind Fragen, mit denen sich immer mehr Familien beschäftigen müssen. Ein politisches »Weiter so!« würde die sozia-



Kämpferisch: Unsere Spitzenkandidatin bei der Bundestagswahl

le Spaltung nur noch mehr vertiefen. Das haben die Menschen in unserem Land nicht verdient.

Eine andere Politik ist möglich! Wir brauchen in NRW eine Politik der sozialen Sicherheit. Wie geht das? Zum Beispiel mit einem Mindestlohn von 12 Euro, zum Beispiel durch ei-

ne Millionärssteuer: Dann ist Geld da für einen Sozialstaat, der diesen Namen verdient. Dann ist auch Geld da für ein Investitionsprogramm, damit vor Ort Schulen und Infrastruktur nicht weiter vergammeln. Die NRW-Landesregierung braucht dringend Druck von links. ◀

Am 14. Mai: Wählen gehen!

2010 schaffte DIE LINKE den Sprung in den Landtag und tolerierte die Minderheitsregierung aus SPD und Grünen. Und mit den Stimmen der LINKEN wurde einiges erreicht:

- Abschaffung der Studiengebühren,
- Verbesserung des Personalvertretungsgesetzes für die Landesbeschäftigten

■ Verabschiedung des Tariftreuegesetzes für bessere Arbeitsbedingungen,

■ Erleichterung von Bürgerentscheiden Möglichkeit, Bürgermeister abzuwählen.

Die Chancen für den Wiedereinzug in den Landtag stehen gut. Wer die Regierung bilden wird, ist jedoch völlig unklar. Klar ist nur: Wer nicht oder Kleinstparteien wählt, ver-

schenkt seine Stimme. Wer SPD oder Grüne wählt, landet möglicherweise in einer Koalition mit der CDU. Dann wird nichts besser. Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit. Für bessere Bildungschancen und die Sanierung der maroden Infrastruktur. Ein starkes Zeichen gegen ein System, das Armut schafft und Reiche schont.